Behauptung

Atomkraftwerke sind unheimlich träge. Ihnen fehlt die notwendige Flexibilität, um die schwankende Leistung von Solar- und Windenergie auszugleichen. So laufen heute schon bei starkem Wind viele Windräder im Leerlauf. Bleiben die Reaktoren noch länger am Netz, fehlt der Anreiz, weiter in erneuerbare Energien zu investieren. Da zu viel Atom- und Kohlestrom im Netz ist, laufen Wind-, Wasser- und Sonnenwirte Gefahr, ihren Strom nicht los zu werden. Je länger die Atomkraftwerke Strom produzieren, desto schwieriger wird es, Geld für die notwendigen Investitionen in Speicher- und Transporttechnik aufzubringen. Die Atomkraftwerke werden so zu Bremsklötzen beim Umbau unserer Energieversorgung.

Erwiderung

Wind- und Sonnenkraftwerke können überhaupt nicht regeln; das Speicherproblem ist nicht gelöst. Der Erntefaktor der erneuerbaren Energien ist im Vergleich zur Kernenergie wesentlich ungünstiger. Investitionen und Forschung zu Gunsten erneuerbarer Energien geben daher weniger Sinn. Die Privathaushalte, kleine und mittlere Unternehmen zahlen die Kosten der Energiewende, die den Umverteilungsprozess zu Gunsten großer Unternehmen und zur Verarmung eines großen Teils unserer Gesellschaft beschleunigt. Dafür sind nicht die Atomkraftwerke verantwortlich, sondern die Wirtschaftsstrukturen. Die Umlagekosten werden weiter steigen. Schon jetzt können 600.000 Haushalte die hohen Stromkosten nicht mehr bezahlen.

Flexibilität

Kernkraftwerke können den Strom flexibler regeln als jede andere Kraftwerksform. Die Betreiber werden für den Vorranganspruch der Stromlieferanten der erneuerbaren Energien ihre Anlagen nicht verschleißen. Wind- und Sonnenkraftwerke können nicht regeln. Spitzenlasten treten nur selten auf, so dass Kernkraftwerksbetreiber von den zu diesen Zeiten hohen Strompreisen kaum profitieren. Lasten, die von den Kernkraftwerken nicht mehr gedeckt werden können, gibt es hingegen häufig. Dann richtet sich der Preis an der Strombörse nach dem nächst teureren Anbieter, meistens Kohlekraftwerke. Mit den Rohstoffpreisen sind zwischen 2002 und 2007 deshalb auch die Strompreise gestiegen. Die logische Konsequenz kann nur sein, auch diese Lasten durch Kernkraftwerke abzudecken, also die Kernenergie konsequent auszubauen – dann

sinken auch die Strompreise.



Kosten der Energiewende

Die notwendigen Investitionen und Ausgaben schaffen viele neue Arbeitsplätze, versprechen Bündnis 90/Die Grünen auf ihrer Homepage: „2012 arbeiteten bereits 34.000 Menschen für die Energiewende.“ Der Zuschuss zum Ökostrom durch die Stromverbraucher betrug 17 Milliarden Euro in 2012. Die Energiewende werde sich langfristig lohnen, sagen die Grünen. Jeder dieser Arbeitsplätze kostet demnach 500.000 Euro Subventionen. „So funktioniert also grünes Wirtschaften? Bravo das lohnt sich wirklich“, heißt es dazu in einem Kommentar. Wann ist „langfristig“ erreicht? Ob die frierenden, arbeitslosen, alten oder behinderten Leute, denen der Strom abgestellt wurde, darauf warten können?

Forschung

Die Absicht von Bündnis 90/Die Grünen, die Kernenergie-Forschung lahmzulegen, gleicht einem Harakiri. Abgesehen davon, dass wir mit dem Verzicht auf Forschung uns jede Möglichkeit nehmen, auf den weltweit wachsenden Sektor der Kerntechnik Einfluss zu nehmen, auch im eigenen Sicherheitsinteresse, schneiden wir uns gleichzeitig den Zugang zur Solarforschung und zu medizinischen Forschungen ab.

Erst mit Hilfe von Forschungsreaktoren sind Neutronenuntersuchungen möglich, die unersetzliche Beiträge zur Solarforschung, Medizin und der Entwicklung neuer Werkstoffe leisten. Auch bestimmte Radiotracer, wie sie für die medizinische Diagnose benötigt werden, lassen sich nur in Reaktoren herstellen. In ›heißen Zellen‹ werden sie dann für die medizinische Nutzung aufbereitet. Die Kosten für den Rückbau dieser jahrzehntelang genutzten Anlagen sind gemessen an einem Forschungsetat von 10 Mrd. € *pro Jahr* gering.

Der ›Schnelle Brüter‹ war ein extrem nachhaltiger Reaktor, der in der Lage war, den Kernbrennstoff hundertmal so effizient zu nutzen wie heutigen Reaktoren. Mit ihm war Deutschland führend in nachhaltiger und umweltfreundlicher Stromproduktion, wovon die gesamte Volkswirtschaft hätte profitieren können. Deshalb wurde er vom Staat auch mit damals 2,2 Mrd. € kofinanziert. Die Antiatombewegung hat es geschafft, unmittelbar vor Inbetriebnahme eben diese zu verhindern.

Fazit:

All diese Einrichtungen leisteten oder leisten große Beiträge zur Forschung, Entwicklung, medizinischen Versorgung, Nachhaltigkeit und Wohlstandsentwicklung. Wer diese Forschung als „Bremse” bezeichnet, meint der Verein Kritikalität, muss sich vorwerfen lassen, den Nutzen der direkten Subventionen der „Erneuerbaren Energien”-Industrie (ohne Forschung!) von 20 Milliarden Euro pro Jahr (Stand 2012) ausschließlich wenigen EEG-Gewinnler zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zukommen zu lassen – Geld, das Krankenhäusern, Sozialhilfeeinrichtungen, Schulen und Bildungs- und Forschungseinrichtungen fehlt. Jahr für Jahr, bindend für Jahrzehnte, und stark ansteigend.

Die Kosten der Energiewende könnten sich nach Angaben von Umweltminister Peter Altmaier in den nächsten Jahrzehnten auf bis zu eine Billion Euro belaufen. Dieser Angabe widerspricht die Opposition auch gar nicht. Der Grünen-Energiepolitiker Hans-Josef Fell sagte, die Kosten für die Beibehaltung des konventionellen Energiesystems lägen mindestens doppelt so hoch. Den Beweis bleibt er schuldig.

Auszüge aus:

- Bündnis 90/Die Grünen, 20 Fakten über Atomkraft, #07
- Verein Kritikalität, Hundert gute Antworten, #42: Forschungsbremse

Quellen:

- Helmholtz-Zentrum Berlin, Forschungsreaktor: Forschungsbereiche (Neutronennutzung)
- Forschungsetat Deutschland (Bund) 2010
- Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 29. März 2000

Literatur:

- Energiewende. Verbraucher zahlen 17 Milliarden Euro Zuschuss für Ökostrom, FAZ, 01.06.2013
- Umweltminister Altmaier warnt. Energiewende könnte eine Billion Euro kosten, merkur-online.de, 20.02.2013

Werbung

